



Liebe ARE-Mitglieder und Mitstreiter für Rechtsstaat, Recht und Eigentum, liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

Heute haben wir erneut einige besondere Neuigkeiten zu vermelden, die zum Ausdruck bringen, wie wir mit Energie und Ausdauer, mit fähigen und überzeugten Partnern und Mitstreitern, aber auch mit Ihrer moralischen und praktischen Unterstützung schrittweise vorankommen. Besonders erfreulich auch: Allein 20 neue ARE-Einzelmitglieder verzeichnet ARE in kurzer Zeit, zumeist auch noch jüngere, sie geben uns die Bestätigung, dass außer in den Mitgliedsgruppen auch engagierte Beobachter unseren Einsatz würdigen und die Erfolge sehen, besonders in den Rechtsstaatsfragen-Ost und bei der Schadensbegrenzung in Sachen Eigentumsschutz und Unrechtsaufarbeitung, - Beispiele sind: "Rehabilitierung in neuem Licht" und "Agrarlanderwerb als späte Möglichkeit teilweiser Wiedergutmachung".

Auf den verschiedenen "Baustellen" unseres Zusammenschlusses bewegen sich die Dinge in eine positivere Richtung. Sehen Sie selbst:

- Flächenerwerb: Umsetzung "Tandem-Konzept" läuft bei ARE auf Hochtouren-

Zwar hatten wir gehofft, dass noch viel mehr "Alteigentümer" und vor allem Erben und Erbeserben trotz vorausgehender verständlicher Enttäuschung nach den Erlebnissen der letzten 20 Jahre sich zu formellen Anträgen bei der BVVG zwecks Schadensbegrenzung durchringen würden als dies tatsächlich der Fall war. Dennoch waren die "Aktion Flächenerwerb mit Stichtag 2004" und unser Beitrag mit dem "Tandem-Konzept" so erfolgreich, dass wir in den nächsten Wochen reichlich zu tun haben mit dem Zusammenführen der Alteigentümer mit den in Frage kommenden Wiedereinrichtern/Pächtern, um jeweils optimale und individuell angepasste Lösungen zu finden.- Da erst ca. 25 % der EALG-Berechtigten vom BADV ihre Ausgleichsbescheide haben (nach 15 Jahren seit Vorliegen des Gesetzes- ein echter Skandal!) , wollen wir nun dafür sorgen, dass für diese Betroffenen, die einen formellen Antrag auf vergünstigten Flächenerwerb zwar stellen, aber noch gar nicht umsetzen können, ausreichend Flächen reserviert bleiben. Falls Sie solche Betroffenen kennen, so wirken sie bitte darauf hin, dass über diese u.U. über uns eine "Glaubhaftmachung" ihres Anspruchs auf den Weg bringen, damit sie nicht später womöglich weiter benachteiligt werden, weil "ihre" Flächen inzwischen von der BVVG zu Höchstpreisen verkauft worden sind. Nochmals: Für alle, die bisher noch noch keinen EALG-Grundlagenbescheid haben, gilt die am 29.09. abgelaufene Frist nicht. Aber alle diese Berechtigten sollten sich bei uns jetzt melden!

- Verhandlungen mit ARE-Vorschlägen im BMF, BMEV, BVVG und Politikern-

Seit dem Durchbruch zum 2.Flächenerwerbsänderungsgesetz ist die fachliche Kompetenz und Vertretungsrolle der ARE (vor allem wegen der Stichtagslösung) so gestiegen, dass in den letzten vier Wochen allein fünf Verhandlungsrunden bzw. Fachgespräche mit Verantwortlichen und "Umsetzern" der Regelung vom Frühjahr d.J. stattfinden konnten- und unsere Einschätzungen auch zunehmend gefragt war.

Aufgelistete Problemfälle und Unzulänglichkeiten in Berlin und in den Ländern wurden dabei behandelt, auch Fragen der Transparenz und der neuen Anpassung.

Die schleppende Bearbeitung der Punkte des Koalitionsvertrages von 2009(!) ist wichtiges Thema und wird es in den nächsten Wochen verstärkt sein, dies bezieht sich auf eine Verringerung von Benachteiligungen der Betroffenen der Zeit 1945 bis 1949. -Wenn Sie selbst hierzu an Politiker

von Union oder FDP schreiben wollen, so empfehlen wir, sich vorher und mit Bezug auf die tatsächliche Lage mit uns abzustimmen und uns Kopien zukommen zu lassen - z.B. fürs Internet.

-Land Brandenburg,"Enquete-Kommission": Jetzt geht s um unsere Anliegen !-

Mit der Eröffnung der Behandlung des Bereichs V und einem ersten speziellen Gutachten zum Bereich "LPG-Vermögensauseinandersetzung" von Prof. Dr. Walter Bayer, Jena, geht es in Potsdam in die entscheidende Phase. (Wir haben verschiedentlich berichtet und dokumentiert). Und wir sind ganz aktiv beteiligt, nicht zuletzt, weil das "Brandenburger Modell auf andere Länder zu übertragen ist.

Hier die Termine der Enquete-Kommissions-Sitzungen ab 18. Nov.d.J. : Freitag, 09. Dezember 2011, 10.00 Uhr (17. Sitzung);

2012: Freitag, 20. Januar 2012, 10.00 Uhr (18. Sitzung) Freitag, 17. Februar 2012, 10.00 Uhr (19. Sitzung)
Freitag, 23. März 2012, 10.00 Uhr (20. Sitzung)

Außerdem gibt es neue Entwicklungen und positive Zeichen bei der berüchtigten "Brandenburger Bodenaffäre" Druck und Nachdruck zeigen erste Wirkung. Näheres hierzu auf unserer Homepage oder auf Nachfrage bei ARE oder den Anwälten Dr. Purps und Frau Wildgans. - Die aktive Opposition in Potsdam versuchen wir durch Zuarbeit und bei Anfragen im Landtag, gegen Rot-rot-Blockade und völlig unbefriedigende Antworten auf präzise Fragen des sogen. "Jamaica-Trios" von CDU, Grünen und FDP zu unterstützen.

- Bundesverwaltungsgericht bereitet dem Justizministerium schwere Niederlage-

- Unsere Informationsfreiheit durch gesicherte Akteneinsicht beträchtlich gestärkt-

Volle Anerkennung gebührt dem 7. Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig unter seinem Präsidenten Dr. Sailer. In einem bemerkenswert hochkarätigen Verfahren mit einer denkwürdigen Verhandlung und klaren Entscheidung am 03.November d.J. sind die Rechte der Bürger in einem weit- reichenden Grundsatzurteil auf der Basis des Informationsfreiheitsgesetzes deutlich gestärkt worden. Hintergrund war dabei u.a. die Informationspolitik des Bundesjustizministeriums unter den Minister(innen) Kinkel (FDP), Zypries (SPD) und vor allem Leutheusser-Schnarrenberger(FDP). Die, übrigens von den Medien bisher noch wenig bemerkten, aber für die künftigen Akteneinsichten der Bürger und für die anstehende Recherchen hoch brisanten Veränderungen geben auch uns ab sofort neue Angriffsmöglichkeiten und bringen Unrechts-Politiker in die Defensive und in Erklärungsnotstand.- In dem von Dr. Johannes Wasmuth als Kläger und Rechtsvertreter in eigener Sache geführten Verfahren stand im Hintergrund das Verhalten des BMJ gegenüber den Fakten und den wahren rechtlichen Zusammenhängen in der Frage der sogenannten "Boden- und Industriereform" in der SBZ 1945-1989 und deren aufzuarbeitenden Konsequenzen.

Nach der Verhandlung sagte in Leipzig der ARE-Bundesvorsitzende *Graf v. Schwerin* der ARD, mit diesem Grundsatzurteil sei endlich " ein Teil der Waffen-Ungleichheit für die Verfolgten und Enteignungsoffer gegenüber ihren Gegnern beseitigt worden"

Wir kommen auf die neue Entwicklung noch zurück und verweisen auch auf unsere Veröffentlichungen im Internet und in der neuen Online-Zeitschrift WIROZ.

Eine Zusammenfassung zum Thema "Entscheidung vom 03.Nov. in Leipzig" können Sie ab Anfang Dezember bei uns abrufen

Soviel nur für heute zu den Haupt-Themen. Wir bleiben dran- begleiten Sie uns dabei!

Herzlichst Ihr ARE-Team mit Manfred Graf v. Schwerin

für den ARE-Vorstand aus Plänitz, wo es übrigens noch vor Weihnachten mit einigen Arbeiten zur Gestaltung des "Doku- und Aufarbeitungszentrums" weitergeht- trotz einiger Widerstände aus der politischen Szene... Näheres auch hierzu auf Anfrage.